



Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/2139/2014**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 24.04.2014

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
Verfasser/-in: Gerhard Merz, MdL und Klaus-Dieter Grothe

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts- und Europaausschuss		Beratung
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung

Betreff:

**Personalentwicklungskonzept für die freiwilligen Feuerwehren in Gießen
- Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 24.04.2014 -**

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten, im Hinblick auf den beschlossenen Bedarfs- und Entwicklungsplan für die Feuerwehren in Gießen beim Personalentwicklungskonzept für die freiwilligen Feuerwehren der Stadt Gießen auch besonders folgende Gruppen zu berücksichtigen:

- Studierende
- Migrantinnen und Migranten
- Frauen

Außerdem sollen Maßnahmen für die Zusammenarbeit mit den Schulen entwickelt werden, um den Feuerwehrynachwuchs langfristig zu sichern.“

Begründung:

Der im vergangenen Jahr von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Bedarfs- und Entwicklungsplan für den Brandschutz stellt bei fast allen Freiwilligen Feuerwehren erhebliche Unterbesetzungen im Hinblick auf die Sollstärke fest. Dies ist im Hinblick auf den ausreichenden Schutz der Bevölkerung bedenklich. Aus den bestehenden Mini- und Jugendfeuerwehren wird sich der Personalbedarf langfristig nicht rekrutieren lassen.

Deshalb sind besondere Maßnahmen erforderlich, wie auch der Bedarfs- und Entwicklungsplan (S. 137, S. 141) feststellt, ohne das der Plan selbst entsprechende Maßnahmen enthält. Hierfür ist ein konzeptionelles langfristiges Vorgehen erforderlich. Neben der Nachwuchswerbung an Schulen zur langfristigen Personalgewinnung soll dabei besonderes Augenmerk auf bislang unterrepräsentierte, aber hohes und unausgeschöpftes Potential bietende Gruppen wie die Studierenden (30.000 Personen im leistungsfähigen Feuerwehralter in Gießen) und Migrantinnen und Migranten gelegt werden. Dies dient gleichzeitig der Integration in Sozialraum. Die Stadt Marburg hat beispielsweise gute Erfahrungen damit gemacht. Auch der Frauenanteil muss erhöht werden.

Gerhard Merz, MdL

Klaus-Dieter Grothe